

Es ist die Kultur, Dummkopf!

Warum Indien eine erfolgreiche Demokratie ist – und der Irak (noch) nicht

Lawrence Harrison | Kulturelle Werte, Einstellungen und Überzeugungen liegen nicht in unseren Genen. Sie werden in Elternhaus, Schule und Kirche erlernt und durch Medien und politische Visionäre vermittelt. Nur über die Erhöhung ihres kulturellen Kapitals können Gesellschaften gedeihen – und so den globalen Fortschritt vorantreiben.

Kultur zählt. Falls die Welt an diese schlichte Wahrheit erinnert werden muss, so liefert George W. Bush's Irak-Abenteuer dafür den gewichtigsten Grund. Es tut not, sich noch einmal der Chancen zu vergewissern, im Irak die parlamentarische Demokratie einzuführen. Und zwar nicht nur Wahlen, sondern volle politische Rechte und bürgerliche Freiheiten – und das in einem Land ohne jede Demokratieerfahrung, mit zwei konfliktträchtigen islamischen Glaubensrichtungen (Schiiten und Sunniten) und der nach Autonomie strebenden kurdischen Minderheit. All dies inmitten einer arabischen Welt, in der bis heute nicht ein einziges Land demokratische Stabilität erreichen konnte.

Das Irak-Abenteuer wirft eine Frage auf, welche die zahlreichen Anhänger des „Multikulturalismus“ auf der ganzen Welt verstören wird – jener Idee, dass alle Kulturen gleichwertig sind, auch wenn sie sich voneinander unterscheiden. Wenn aber im Falle des Irak kulturelle Werte, die stark vom Islam und seinen gegensätzlichen Strömungen beeinflusst sind, allen Anstrengungen entgegenstehen, demokratische Stabilität, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand zu erlangen – den Zielen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte –, zerstört dies nicht die multikulturelle Idee? Mehr noch: Das Streben nach diesen Zielen wird hingegen von den Werten, Überzeugungen und Einstellungen anderer Kulturen maßgeblich unterstützt – wie etwa der jüdischen, konfuzianischen und protestantischen Kultur (deren Reihenfolge ich hier nach ihrem geschichtlichen Alter benenne). Diese, und etliche andere religiöse und ethnische Gruppen wie die ismailischen Muslime, baskischen Katholiken, Sikhs und Mormonen ernten die Früchte einer Vielzahl von Werten, die man als „globale Kultur des Fortschritts“ bezeichnen kann: Sie geht einher mit Zukunftsorientierung, Erziehung, Leistung, Verdienst, Sparsamkeit, Moral und Vertrauen. In geographisch unterschiedlicher Ausprägung, etwa in Schweden, Hongkong oder den

USA, bildet dieser Wertekanon die erfolgreichsten sozialen Gruppierungen heraus, Gesellschaften, die allesamt vom „kulturellen Kapital“ profitierten.

Der Begriff ergänzt frühere sozialwissenschaftliche Kapital-Konzepte um eine weitere Dimension. Bisher kennen wir:

- finanzielles/ geistiges Kapital
- menschliches Kapital/ die Arbeiterschaft
- soziales Kapital/ die Qualität, Vielfalt zwischenmenschlicher Beziehungen.

Dabei ist das kulturelle Kapital sowohl dem menschlichen wie sozialem Kapital aufs Engste verwandt und nimmt zwischen beiden eine Schlüsselrolle ein. Menschliches Kapital wird sich in jenen Gesellschaften besser entfalten können, in denen Leistung und Erziehung wertgeschätzt werden, soziales Kapital wiederum spielt in den Gesellschaften eine wichtige Rolle, die moralisches Verhalten und Vertrauen betonen.

Mythen des Multikulturalismus

Seit den 1960er Jahren gewinnt der Multikulturalismus in der politischen wie intellektuellen Debatte des Westens an Gewicht, besonders in den USA, Kanada und Europa, wo die Einwanderung das ethnische wie religiöse Gefüge der Gesellschaften maßgeblich verändert. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass der Grad des Vertrauens in den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Irland und Polen laut „World Values Survey“ dramatisch zurückgegangen ist. Dies brachte jüngst den Harvard-Forscher Robert Putnam dazu, die Einwanderung als eine der Hauptursachen für diesen Rückgang auszumachen, zumindest in den USA: „Unter Andersgleichen, Fremden zu sein, führt kurzfristig dazu, dass wir alle unsicher werden, uns wegducken, zurückziehen, einander weniger vertrauen. Wir verstecken uns wie eine Taube, die eine bedrohliche Gefahr spürt.“

Die Idee der multikulturellen Gesellschaft beruht auf einem brüchigen Fundament

Selbst in der internationalen Entwicklungspolitik wurde der Multikulturalismus zu einem wichtigen Thema. Etwa in der Weltbank, wo der Wirtschaftshistoriker David Landes im Jahr 2000 das Publikum auf einer Konferenz mit der Aussage schockierte, bestimmte Kulturen seien „Gift“ für jede Entwicklung. Und auch in der Doktrin der Bush-Regierung fand er seinen festen Platz: „Die Werte der Freiheit sind richtig und wahr für jedermann und jede Gesellschaft.“

Doch die Idee der multikulturellen Gesellschaft beruht auf einem brüchigen Fundament: einem kulturellen Relativismus, der Überzeugung, dass keine Kultur besser oder schlechter sei als die andere, sondern lediglich anders. So schrieb die Anthropologin Ruth Benedict in „Die Chrysanthenen und das Schwert“, einem Standardwerk über die japanische Kultur, „dass alle Kulturen nebeneinander existieren, für sich stehen, unabhängig, verschieden, aber gleich. Eine jede von ihnen erfährt in ihrem eigenen Zusammenhang ihre Berechtigung, und alles, was man tun muss, ist, diesen Zusammenhang zu kennen, um zu erfahren, was die Menschen tun und warum sie es tun.“ Ohne Zweifel ist dies ein guter Rat für Kulturanthropologen. Liegt das Ziel darin, ein Wertesystem, das von dem eigenen abweicht, in seiner Eigenständigkeit zu ver-

stehen, ist Ethnozentrismus zweifellos kein guter Ratgeber. Was aber, wenn das Ziel darin liegt, jenes Maß zu bemessen, mit dem eine Kultur demokratische Regierungsführung, soziale Gerechtigkeit und ein Ende der Armut begünstigt?

Religiöser Relativismus

Religion ist eine wesentliche Quelle von Werten, Überzeugungen und Einstellungen, jenen Aspekten einer Kultur, die maßgeblich darüber bestimmen, wie sich eine Gesellschaft verhält und letztlich entwickelt. Dem kulturellen Relativismus gleich, haben wir es heute mit einer weit verbreiteten Ansicht zu tun, die allen Religionen den selben Wert beimisst. Diese Überzeugung, nennen wir sie „religiöser Relativismus“, dominiert heute im Westen. Untersuchen wir jedoch vorurteilsfrei die Verbindung zwischen Religion und menschlichem Fortschritt, entdecken wir zwingende Beweise dafür, dass manche Religionen Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand besser fördern als andere.

Voodoo, die beherrschende Religion auf Haiti, ist dafür ein gutes Beispiel. In der westlichen Welt ist Haiti mit Abstand das ärmste, am geringsten alphabetisierte und am schlechtesten regierte Land. Voodoo ist eine Religion der Zauberei, in der Hunderte von Geistern das menschliche Schicksal bestimmen. Der einzige Weg, Einfluss darüber zu gewinnen, welche Wendung das eigene Leben nimmt, liegt darin, die Geister mithilfe des Auftritts von Voodoo-Priestern zu versöhnen.

Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand werden von manchen Religionen deutlich besser gefördert

Voodoo ist frei von jeder Moral und trägt in hohem Maße zu jener unheilvollen Mischung aus Misstrauen, Paranoia, Hilflosigkeit und Verzweiflung bei, die in der anthropologischen Literatur über Haiti nachzulesen ist. Seine Wurzeln liegen in der Dahomey-Region in Westafrika, dem heutigen Benin. Vergleicht man die Indikatoren von Einkommen, Mangelernährung bei Kindern, Kindersterblichkeit, genereller Lebenserwartung und Alphabetisierung, so liegen Haiti wie Benin praktisch gleichauf.

Die Herkunft der meisten Einwohner von Barbados liegt ebenfalls in Dahomey. Im Gegensatz zu Haiti, das 1804 seine Unabhängigkeit von Frankreich durch einen Sklavenaufstand gewonnen hatte, erlangte Barbados seine staatliche Souveränität von Großbritannien erst 1964 – zu einem Zeitpunkt, als die Nachfahren jener Sklaven, die im 17. Jahrhundert auf die Insel gebracht wurden, längst die Politik wie auch Teile der Wirtschaft bestimmten. Während der drei Jahrhunderte britischer Besatzung übernahmen sie deren Werte und Institutionen in einem Ausmaß, das sie zu „Afro-Sachsen“ oder „farbigen Engländern“ werden ließ. Ihre dominante Religion ist die Kirche von England. Heute ist Barbados eine aufstrebende Demokratie, die Platz 31 auf dem UN-Index für menschliche Entwicklung einnimmt, noch vor Ungarn, Argentinien, Polen und Chile, während Haiti auf Rang 154 von 177 Ländern liegt. Kultur zählt, Rasse nicht.

Kultureller und religiöser Relativismus gehören zum intellektuellen Grundinventar des Multikulturalismus. Doch die Ökonomie trägt ebenfalls zu seinen Grundfesten bei. Etliche Wirtschaftswissenschaftler würden die Bedeutung der Kultur am liebsten ignorieren. So wie der ehemalige Weltbank-Ökonom William Easterley, Autor des Buches „Die Last des weißen Mannes“, als er mein

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© picture-alliance / dpa

Buch „Streit um Werte“ besprach: „Wahrscheinlich spricht eine ganze Menge für den traditionellen ökonomischen Ansatz, dass Menschen überall gleich sind und auf wirtschaftliche Möglichkeiten und Anreize entsprechend reagieren.“ Das war 1994. Heute sieht Easterley die Welt wesentlich differenzierter, wie er mir jüngst schrieb: „Ich bin heute für die Bedeutung sozialer Normen und individueller Werte, kurz, für die Kultur weitaus empfänglicher.“

So konnte Easterley wie ich beobachten, dass in multikulturellen Gesellschaften, in denen ökonomische Chancen und Anreize allen offenstehen, einige Minderheiten oftmals wesentlich erfolgreicher sind als die Bevölkerungsmehrheit – so etwa bei den chinesischen Einwanderern in Indonesien, Malaysia, Costa Rica und den USA. Warum also führte das im „Washington Consensus“ verschriebene Rezept freier wirtschaftlicher Märkte in Indien zum Erfolg, scheiterte hingegen in Lateinamerika, wo der Sozialismus oder gar autoritäre Populismus im Falle von Hugo Chávez weiter an Zustimmung erfährt und lediglich Chile in der Lage war, marktliberale Reformen umzusetzen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen? Kulturelle Faktoren reichen dafür als Erklärung nicht aus, sind aber gleichwohl relevant. Alan Greenspan brachte es auf den Punkt, als er nach dem Zusammenbruch der russischen Wirtschaft 1998/99 folgerte: „Ich unterstellte immer, dass der Kapitalismus der menschlichen Natur entsprach ... doch ist es nicht im Geringsten die menschliche Natur, sondern Kultur.“

Lehren aus dem Irak

Wie aber lauten die Folgerungen für die Außenpolitik, deren Fundament bisher auf jenem Diktum beruhte, dass „die Freiheitsrechte richtig und wahr für jedermann und jede Gesellschaft sind?“ Einer Doktrin, beseelt von Multikulturalismus und mit Wurzeln, die mindestens auf Woodrow Wilson zurückreichen? Die Bush-Regierung brachte gewaltige menschliche, finanzielle und diplomatische

Fauler Zauber:
Haitianer bei einer
Reinigungs-
zeremonie am
Wasserfall von Saut
d'Eau; dabei
praktizieren sie
Voodoo-Rituale

Ressourcen auf, um die Eignung ihrer Doktrin im Irak zu untermauern. Inzwischen ist unbestreitbar, dass sie jeder Grundlage entbehrt. Mehr noch: Die Lehren aus dem Irak-Experiment spielen auch für Afghanistan eine immer größere Rolle. Dort haben wir es mit einer traditionellen Gesellschaft zu tun, in der laut UNICEF-Daten (2000–2004) lediglich 43 Prozent der Männer und nur 13 Prozent der Frauen des Schreibens und Lesens mächtig waren.

Francis Fukuyama vertrat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die These, dass sich auf lange Sicht alle Gesellschaften auf das demokratisch-kapitalistische Modell einlassen, da es sich als das erfolgreichste Mittel erwiesen habe, die menschliche Natur für den Fortschritt einzuspannen. Ich stimme ihm zu, auch im Lichte jener Feuersbrunst, die im Zuge der jetzigen Wirtschaftskrise über den Kapitalismus hereingebrochen ist. Was aber passiert auf kurze Sicht? Wie stehen die Chancen, den Irak tatsächlich nachhaltig zu demokratisieren – nicht bloß durch Wahlen, die in praktisch jedem Land dieser Erde abgehalten werden können, wie etwa in Haiti –, sondern im Sinne einer umfassenden Teilhabe politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten?

Um die Chancen einer erfolgreichen Demokratisierung zu bewerten, macht es Sinn, mit einer allgemeineren Einschätzung der Lage der Demokratie in den arabischen Ländern zu beginnen: Laut der Rangliste von 2006 der amerikanischen Organisation „Freedom House“, die alljährlich den Grad der Freiheit auf der Welt bemisst, liegt der Durchschnitt von 15 arabischen Ländern bei elf Punkten (auf einer Rangliste von zwei für sehr gut bis 14 für ganz schlecht). Im Gegensatz dazu werden die meisten Länder der Ersten Welt mit zwei Punkten bewertet. In denselben 15 arabischen Ländern errechnete der UN-Bericht zur Lage der menschlichen Entwicklung von 2004 eine durchschnittliche Al-

phabetisierungsrate von 77 Prozent bei Männern und 57 Prozent bei Frauen. Im Irak, in Ägypten und Marokko sind mehr als die Hälfte der Frauen Analphabeten, im Jemen gar 71 Prozent. Eine stabile Demokratie mag zwar nicht von einer hohen weiblichen Alphabetisierungsrate abhängen, wie Indien zeigt, doch muss sie von lese- und schreibkundigen Frauen vorangetrieben werden, zumal diese bei der Kindererziehung die Hauptrolle spielen. Darüber hinaus unterstreichen die beschriebenen Daten die Unterordnung der Frau im heutigen Islam. Wenn uns das Irak-Abenteuer also etwas lehrt, dann die enormen Risiken, die mit einer Außenpolitik einhergehen, die sich auf die scheinbaren Gewissheiten einer multikulturellen Weltanschauung beruft. Und die Notwendigkeit, die Bedeutung kulturellen Kapitals in den internationalen Beziehungen endlich zu berücksichtigen.

Das Irak-Abenteuer steht für die Risiken einer Außenpolitik, die sich auf trügerische multikulturelle Gewissheiten beruft

gen Frauen vorangetrieben werden, zumal diese bei der Kindererziehung die Hauptrolle spielen. Darüber hinaus unterstreichen die beschriebenen Daten die Unterordnung der Frau im heutigen Islam. Wenn uns das Irak-Abenteuer also etwas lehrt, dann die enormen Risiken, die mit einer Außenpolitik einhergehen, die sich auf die scheinbaren Gewissheiten einer multikulturellen Weltanschauung beruft. Und die Notwendigkeit, die Bedeutung kulturellen Kapitals in den internationalen Beziehungen endlich zu berücksichtigen.

Scheitern der Entwicklungshilfe

So haben es auch die Entwicklungshilfeorganisationen, ob multilateral oder bilateral, sträflich versäumt, sich in ihrer Arbeit am kulturellen Wandel zu orientieren; kulturblinde Ökonomen, Anthropologen sowie weitere wissenschaftliche Anhänger des Kulturrelativismus bestimmten dort die Politik. Dass manche Kulturen dem Fortschritt deutlich zugeneigter sind als andere, ist eine Botschaft, die

in der Entwicklungshilfeszene nur schwer ankommt, auch wenn der Beweis des Gegenteils nicht zu erbringen ist. Dieser Makel potenziert sich noch durch die Politik internationaler Institutionen, wo sowohl Geber wie Nehmer eine Stimme haben und es deutlich angenehmer und für die Selbsteinschätzung weniger unerfreulich ist, die abgeschlagenen Länder entweder als Opfer der erfolgreicherer Länder darzustellen oder als Resultat einer gescheiterten Suche nach der richtigen Mischung politischer Instrumente, Anreize und Akteure.

Beispielhaft für diese emotionale wie intellektuelle Blockadehaltung ist die ablehnende Aufnahme aller vier UN-Entwicklungsberichte über die arabische Welt (2002–2005) in etlichen der betroffenen Kreise. Alle Berichte richteten ihr Hauptaugenmerk auf die Notwendigkeit kulturellen Wandels, während der letztere mehr Geschlechtergerechtigkeit fordert. Ich kann nur hoffen, dass die anhaltende Unzufriedenheit und Frustration über den schleppenden Fortschritt in den meisten armen Ländern die Entwicklungshilfeorganisationen dazu zwingt, über die Bedeutung meiner Thesen nachzudenken. Weder Intelligenz, Kreativität noch der unermüdliche Einsatz der Entwicklungshelfer vermochten es in den letzten 50 Jahren, die große Mehrheit armer, autoritärer Gesellschaften zu transformieren. Wo es Veränderung, Wandel gab, wurde er in der Regel entweder von Gesellschaften angetrieben, die bereits reich an kulturellem Kapital waren (wie die konfuzianischen Gesellschaften in Südasien) oder stand für Beispiele, in denen kultureller Wandel zum Hauptmotor der Veränderung wurde (wie etwa in Spanien, Irland und Quebec).

Kulturelle Werte, Überzeugungen und Einstellungen liegen nicht in unseren Genen

Kulturelle Werte, Überzeugungen und Einstellungen liegen nicht in unseren Genen. Sie werden im Elternhaus, in der Schule, der Kirche erlernt und durch die Medien und den Einfluss visionärer Führungspersönlichkeiten, insbesondere Politikern, vermittelt. Jene „wundersamen“ Umbrüche des 20. Jahrhunderts, wie etwa in der Türkei nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, in Südkorea, Spanien und Irland, sind untrennbar mit der Wandlung von Werten, Einstellungen und Überzeugungen verbunden, die allesamt das kulturelle Kapital vergrößerten. Kultur zählt, Kultur verändert sich. Damit wird klar: Jede Anstrengung seitens politischer, religiöser, intellektueller, wirtschaftlicher und publizistischer Vorreiter, das kulturelle Kapital einer Gesellschaft zu erhöhen, wird den Fortschritt in Richtung der drei zentralen Ziele der UN-Menschenrechtscharta beschleunigen: demokratische Regierungsführung, soziale Gerechtigkeit im Einklang mit der Achtung von Gesundheit und Erziehung sowie ein Ende der Armut.

Der Artikel stammt aus der Einleitung des neuen Buches des Autors, das 2010 unter dem Titel „Cultural Capital and the End of Multiculturalism“ erscheinen wird.



Prof. Dr. LAWRENCE HARRISON ist Direktor des Cultural Change Institute an der Fletcher-School der Tufts-Universität in Massachusetts.